

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom: **26.01.2023**

von: **17:00 Uhr**

bis: **19:30 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schiltz, Ingmar	- als Vorsitzender
AM Becker, Sonja	vertritt Dornhöfer, Felix
Stv Bleckmann, Lisa	
AM Grimm, Carolin	vertritt Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Helm, Martin	
AM Klein, Dominik	
AM Mahmood, Laila	
AM Mühlnikel, Jutta	
AM Müller, Robert	
AM Röcher, Sandra	
Stv Rompf-Selimi, Nazlije	- ab 17.15 Uhr
Stv Thimm, Heiko	
AM Weißelberg, David Ernst	vertritt Kamieth, Jens - ab 17.10 Uhr

Beratende Mitglieder:

AM Becker, Lothar	
AM Burmeister, Frank	- ab 17.23 Uhr bis 19.01 Uhr
AM Haupt, Elisabeth	
AM Jung, Sarah	- bis 19.29 Uhr
Stv Köckritz, Anja Alexandra	- ab 17.26 Uhr
AM Reichenau, Eckhard	

AM Dr. Scherer, Vanessa	
AM Schloos, Ulrich	- bis 18.19 Uhr
AM Schneider, Martina	- vertritt N.N. (Kath. Kirche)
AM Schneider, Walter	- bis 18.23 Uhr
AM Schollmeyer, Wolfgang	vertritt Unverzagt, Andreas
AM Scholz, Britta	
IntRM Tahmaz, Hanan	

Als Zuhörer:

Stv Hähner, André	- bis 18.38 Uhr
AM Hähner, Kathrin	- bis 18.38 Uhr

Von der Verwaltung:

VA Bergholz	- bis 17.28 Uhr (TOP 6)
VA Dr. Matzner	
VA Matzke	
VA Wüst- Dahlhausen	
VA Taha	
VA Wagener, J.	
VA Gräbener	
VA Bohn	
VA Mockenhaupt	- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Dornhöfer, Felix	vertreten durch AM Becker, Sonja
Stv Kamieth, Jens	vertreten durch AM Weißelberg, David Ernst
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth	vertreten durch AM Grimm, Carolin
Stv Schmidt, Sabrina	
AM Vitt, Matthias	
AM Ayelou, David	
AM Becher, Christopher	
AM Gerndorf, Markus	
AM Horchler, Dr. Martin	
AM Perugorria, Andrea	
AM Richter, Lisa	
AM Thienel, Alexandra	
AM Unverzagt, Andreas	vertreten durch AM Schollmeyer, Wolfgang

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung stimmt der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt der Erweiterung der Tagesordnung um die nachgereichten Tagesordnungspunkte zu. Die Anfrage

der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen soll nicht unter dem Tagesordnungspunkt 12, sondern unter dem Tagesordnungspunkt 2.1 beraten werden.

Die Tagesordnung wird somit wie folgt ergänzt:

- 2.1 **Sachstand niedrigschwellige Betreuungsangebote für Kinder**
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Vorlage Nr. AF 133/2023
- 7. **Haushaltsplanberatung**
- Gemeinsamer Antrag der CDU/SPD
- 11. **Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen**
Vorlage Nr. VL 1234/2023
- 1. **Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2022**

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

12. JHA 26.01.2023

- 2. **Fragestunde**
- 2.1 **Sachstand niedrigschwellige Betreuungsangebote für Kinder**
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Vorlage Nr. AF 133/2023
Vorlage Nr. AF 133/2023 A

Die Anfrage wurde im Rahmen der Ergänzungsvorlage beantwortet.

Zu Ziffer 1 der Antwort fragt Frau Bleckmann, ob es sich bei den genannten 126 Kindern um U 3- Kinder handele.

Herrn Dr. Matzner antwortet, dass es sich um eine altersmäßig gemischte Gruppe handele.

⇒ *Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstand der Verwaltung über die niedrigschwelligen Beratungsangebote für Kinder zur Kenntnis.*

12. JHA 26.01.2023

3. **Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

12. JHA 26.01.2023

4. Bericht zur Zustandsbewertung städtischer Ballspielplätze

Vorlage Nr. VL 1215/2023

Frau Matzke geht kurz auf die Vorlage ein und bejaht die Frage von Herrn Schloos, ob Plätze mit der Note 6 in der Prioritätenliste vorne rangieren.

Seitens der Fraktion halte man die Beratung der Vorlage auch im nächsten Sport- und Bäd-
erausschuss für sinnvoll, so Frau Bleckmann und sie frage nach dem Zeitplan für die Abarbei-
tung der Prioritätenliste, da aufgrund des Zustandes mancher Plätze eine zeitnahe Abarbei-
tung erfreulich wäre. In der Fraktion sei auch die Auskömmlichkeit des Ansatzes thematisiert
worden, da möglicherweise auch ein Zielkonflikt mit der Instandsetzung der Spielplätze be-
stehe.

Herr Thimm regt an, beim Ballspielplatz An der Sommerseite (S. 8) entweder beide Tore zu
belassen oder diese so zu verlegen, damit es kein Problem mit dem Weg gebe.

Aufgrund des starken Gefälles des Ballspielplatzes Haldenweg in Niederschelden (S. 10) fragt
er nach der Möglichkeit, das Gefälle zumindest ein wenig auszugleichen.

Aufgrund des subjektiven Eindrucks des Zustandes der Ballspielplätze habe man in der Ver-
waltung die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme gesehen. Als Fazit habe man Maßnah-
men zusammengefasst und als Vorschläge formuliert, die jetzt abgearbeitet würden. Kleine-
re Maßnahmen könnten ohne Zielkonflikte aus dem laufenden Budget bestritten werden, für
mittel- oder langfristige Maßnahmen werde die Verwaltung entsprechende Mittel in den
kommenden Haushalten anmelden müssen, so Herr Bergholz.

Bei den mit der Note 6 bewerteten Plätzen seien auch Plätze mit bewertet worden, deren
Status ungeklärt sei und entschieden werden müsse, wie man damit weiter verfare, wie z.
B. der derzeit geschlossene Platz hinter der Schule in Birkenbach. Die Verwaltung beginne
zunächst mit den kurzfristigen Maßnahmen aus dem laufenden Budget und mit vorhande-
nen Ressourcen, um kurzfristig Verbesserungen zu erzielen. Umfangreiche Planungen benö-
tigten einen größeren Vorlauf.

Die Zustandsbewertung sei bereits im November 2022 im Sport- und Bäd-
erausschusses vor-
gestellt und beraten worden.

Zur Frage Ballspielplatz An der Sommerseite führt Herr Bergholz aus, ggf. könne man mit
Hilfe von Lenkungsmaßnahmen den ursprünglichen Wanderweg entlang des Platzes wieder
etablieren. Den Platz Haldenweg in eine Horizontale zu legen, würde umfangreiche Baumaß-
nahmen erfordern und einem Neubau gleichkommen. Wenn dies für die langfristigen Pla-
nungen vorgesehen werde, müsse man den Bedarf klären und auch Anwohner und Nutzer in
die Überlegungen einbeziehen.

Zur Frage von Frau Bleckmann, ob seitens der Verwaltung in Sachen Ballspielplatz Breit-
scheidstraße, der aufgrund von Anwohnerbeschwerden geschlossen worden sei, Gespräche
geführt worden seien, führt er aus, der Platz sei eigentlich eine Schulsportanlage gewesen,
aber bereits vor 2019 aufgrund massiver Beschwerden aus dem Umfeld geschlossen worden.
Die Beschwerden hätten dazu geführt, dass nicht aus dem Bereich Grünflächen alleine her-
aus die Schließung veranlasst worden sei, sondern dies breiter aufgestellt gewesen sei. Be-

vor man im Bereich Reckhammerstraße einen neuen Platz erstelle, sei auch er der Auffassung zu versuchen, den Platz Breitscheidstraße wieder zu reaktivieren zu können.

⇒ *Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zur Zustandsbewertung städtischer Ballspielplätze zur Kenntnis.*

12. JHA 26.01.2023

5. Sachstandsbericht zu den städtischen Skaterplätzen Numbach und Goldammerweg

Vorlage Nr. VL 1216/2023

Frau Matzke erläutert die Verwaltungsvorlage.

Er halte dies für ein gutes Beispiel, was über Beteiligung erreicht werden könne und er hoffe, dass auch vieles zur Umsetzung komme, so Herr Thimm. Aufgrund der Kosten thematisiert er die Möglichkeit des Sponsorings, um die Kosten auf mehrere Schultern zu verteilen.

Auch die Fraktion Die Grünen schließe sich an und halte es für einen wichtigen Schritt für die Jugendlichen. Sie frage, ob eine räumliche Erweiterung des Platzes geplant sei und ob man evaluiert habe, ob es Förderprogramme für diesen Zweck gebe, so Frau Bleckmann. Da es sich heute um eine Kenntnisnahme handele, frage sie, ob man im Rahmen des weiteren Vorgehens die Detailplanungen für einen Durchführungsbeschluss noch vorgelegt bekomme.

Herr Schollmeyer informiert über den Beteiligungsprozess, in dem die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingebunden gewesen seien. Im Rahmen dessen seien auch die Kosten in Zusammenhang mit der Erweiterung Richtung Hang thematisiert worden. Es sei herausgekommen, dass man eine Erweiterung im Bestand erreichen könne. Es sei erstaunlich gewesen, dass keine Forderungen gestellt worden seien, die man aus finanziellen Gründen hätte ablehnen müssen. Es sei sich auf das Notwendige beschränkt worden.

Die Beteiligung des Vereins stelle das Sponsoring dar, in welchem Umfang sei derzeit noch unklar. Bestehende Förderprogramme seien nicht alle übertragbar. Man werde aber prüfen, ob sich noch eine Fördermöglichkeit ergebe, so Frau Matzke. Zum weiteren Vorgehen führt sie aus, die Federführung des Projektes obliege dem Büro BM. Den genauen Weg der Vorlagen werde sie abstimmen und dem Ausschuss Rückmeldung geben.

⇒ *Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zu den städtischen Skateranlagen in der Numbach und im Goldammerweg zur Kenntnis.*

12. JHA 26.01.2023

6. Controlling-Bericht Hilfen zur Erziehung 2022

Vorlage Nr. VL 1205/2023

Herr Ritter erläutert ausführlich den Controlling- Bericht und beantwortet sich ergebende Fragen der Ausschussmitglieder.

Aus seinen Erfahrungen durch den Arbeitskreis Schulentwicklung für den Schulbereich hält es Herr Schloos für überlegenswert, einen Arbeitskreis für die verschiedenen Felder der Jugendhilfe ins Leben zu rufen.

Bei der Inobhutnahme außerhalb von Einrichtungen gebe es einen deutlichen Rückgang. Sie frage, ob es sich dabei um normale Schwankungen handle oder ob es Entwicklungen gebe, dass weniger Personen für die Kurzzeitpflege bereitstehen und Kinder kurzfristig aufnehmen, so Frau Bleckmann. Zum Thema ASD finde sie es schade, dass immer noch keine Stabilität erreicht worden sei und durch die Fluktuation Know-how verloren gehe. Vielleicht müsse man darüber nachdenken, über Bedarf einzustellen, um Eltern- oder Krankheitszeiten ausgleichen zu können, um dadurch mehr Stabilität zu erhalten.

Trotz nach wie vor hoher Fluktuation hält Herr Schiltz die Durchführung der Organisationsuntersuchung und die Schaffung der 6 Mehrstellen für richtig und er fragt, ob man an den Arbeitsbedingungen oder dem Arbeitsumfeld des ASD noch etwas verbessern könne, wenn man im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern stehe oder den Fachkräftemangel berücksichtige, um die Arbeit im ASD dauerhafter zu gestalten und das Know-how zu halten.

Zum Thema Steuerungsansätze bzw. zur Frage nach der Einrichtung eines Arbeitskreises oder Unterausschusses bezieht sich Herr Ritter auf die Unterausschüsse, die es zu speziellen Themen gebe oder gegeben habe. Man habe Möglichkeiten Steuerungsansätze zu diskutieren, so z. B. im Rahmen der jährlichen Qualitätsdialoge mit den freien Trägern. Für alles gebe es viele Zahlen, Ideen und Diskussionen. Es existiere kein spezieller Steuerungsansatz, man müsse schauen, wo etwas verbessert werden könne, was sich einerseits auf die Qualität der Leistungserbringung und andererseits auf die Kosten auswirke. Die vorhandenen Zusammenhänge greifen ineinander, seien aber nicht eigenständig zu beeinflussen.

Der Fachkräftemangel finde bundesweit statt und betreffe ebenfalls den gesamten sozialen Bereich. Es gehe nicht nur darum, Personal zu finden, man treffe auch auf die Situation, dass man kaum noch die passenden Unterbringungsmöglichkeiten für die Kinder und Jugendlichen finde, weil sie nicht ausreichend vorhanden seien. Eine kurzfristige Perspektive sehe er nicht.

Zur Frage nach Einstellungen über Bedarf berichtet er über das Trainee- Programm in Zusammenarbeit mit der Universität. Damit könne man zwar Lücken „stopfen“, aber keine Vakanzen von 4-6 Personalstellen/Jahr ausgleichen. Es gebe gute Rahmenbedingungen beim Arbeitsplatz, aber die kommunalen Arbeitgeber müssten sich letztendlich aufgrund des Wettbewerbs über die finanziellen Rahmenbedingungen Gedanken machen.

⇒ *Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Controlling-Bericht Hilfen zur Erziehung 2022 zur Kenntnis.*

12. JHA 26.01.2023

7. Beratung des Haushaltsentwurfes 2023

zu 7. Haushaltsplanberatung - Gemeinsamer Antrag der CDU/SPD zu TOP 7

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen berät die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze des Haushaltsplanentwurfes 2023 und geht die Produktbereiche seitenweise durch.

An der Aussprache beteiligen sich die Herren Schiltz, Schulz, Schollmeyer, Müller, Helm Thimm und D. Klein sowie Frau Bleckmann.

Sich ergebende Fragen der Ausschussmitglieder werden von den Verwaltungsvertretern abschließend beantwortet.

Folgende offengebliebene Fragen bzw. Anmerkungen werden zur Niederschrift aufgenommen:

050103900 Bundeszuweisungen BIWAQ

Die Förderrunde 2019-2022 sei beendet, die Vorbereitung für BIWAQ 5 laufen, die Richtlinie sei derzeit noch nicht veröffentlicht und sei für das 1. Quartal 2023 vorgesehen, so Frau Bohn.

050103901 Bundeszuweisung Demokratie leben!

Herr Dezernent Schmidt bestätigt die Fortsetzung des Programmes, es liege jedoch noch kein neuer Bewilligungsbescheid vor, da ein Änderungsantrag gestellt worden sei. Seitens der Kämmerei werde die Einstellung in den Haushalt erst nach Vorliegen des Bewilligungsbescheides vorgenommen, haushaltstechnisch sei dies nicht entscheidend, da es sich um einen durchlaufenden Posten handele.

060101005 Zuschüsse Rabauki e.V.

Herr Thimm verweist auf die Ziffer 3 des gemeinsamen Antrages der CDU/ SPD, der sich auf diesen Ansatz bezieht und begründet den Antrag.

Es ergibt sich kontroverse Aussprache darüber, ob der Antrag im Jugendhilfeausschuss lediglich fachlich diskutieren, aber kein Votum abgeben sollte, da noch keine ausreichende Abstimmung in den Fraktionen bzw. in den Institutionen erfolgt sei und daher der Rat über den Antrag entscheiden sollte. Wollte der Jugendhilfeausschuss ein Votum abgeben, werden sich laut Frau Bleckmann die Fraktion Die Grünen und Herrn Schollmeyer bei der Abstimmung enthalten, obwohl man gerne dazu Position beziehen würde.

Herr Schiltz erfragt den Mitgliedsstatus von Herrn Müller im Verein Rabauki und stellt fest, dass bei ihm als einfaches Mitglied keine Befangenheit vorliegt.

Produkt 06.02.01 Tageseinrichtungen für Kinder

Herr Thimm verweist auf die Ziffer 1 und 2 des gemeinsamen Antrages der CDU/ SPD. Der Kreistag habe in seiner letzten die Erhöhung der Freigrenze von 30.000 auf 40.000 Euro Jahreseinkommen beschlossen. Damit keine Ungleichheit der Lebensverhältnisse zwischen den beiden Jugendämtern für das Kreisgebiet und der Universitätsstadt Siegen bestehe, sollte Siegen sich dem Kreistagsbeschluss anschließen.

Im Zuge dessen habe man sich mit dem Thema eingehend befasst und habe den Beschlussvorschlag formuliert, eine komplette Beitragsbefreiung zu schaffen. Bildung als Menschenrecht müsse kostenfrei sein. Obwohl Sachzwänge bestehen, bestehe jetzt die Chance, das Ziel zu erreichen, dass sowohl im Kreis als auch im Bereich der Stadt die frühkindliche Bildung kostenfrei sein solle.

In Bezug auf die Haushaltsverhältnisse auf Kreisebene sieht Herr Dezernent Schmidt es kritisch, wenn solche Anträge nicht abgestimmt „ins System“ gehen. Zielsetzung könnten nur gleiche Beitragssätze in der Region sei, wie es in der Vergangenheit auch immer gewesen sei. Die gesamte Jugendverwaltung gehe damit d'accord, dass die frühkindliche Bildung beitragsfrei sein müsse. Gesellschaftspolitisch müsse dies jedoch landesweit der Fall sei, es könne nicht die Entscheidung der Kommune sein, ob Kostenfreiheit für die Bildung bestehe oder nicht. Die Verwaltung nehme den Prüfauftrag in diesem Zusammenhang mit.

Auch hier erfolgt die Diskussion, ob eine Abstimmung über die Teilbeschlüsse erfolgen solle, da noch keine ausreichende Abstimmung in den Fraktionen erfolgt ist.

Zu Ziffer 1 des Antrages weist Frau Bleckmann für die Fraktion Die Grünen darauf hin, dass Ziffer 1 seitens der Fraktion mitgetragen werde. Punkt 2 sei in der Fraktion diskutiert worden, man sehe es jedoch anders. Wenn es um die Priorisierung der Entlastung gehe, sollte man nicht alle Familien eine Entlastung erhalten, sondern nur diejenigen, die es benötigten. Möglicherweise könne man auch das kostenfreie Mittagessen ausweiten und die Einkommensgrenzen erhöhen. Sie regt an über die Teilbeschlüsse getrennt abzustimmen.

Auch seitens der UWG konnte keine Abstimmung erfolgen, so dass sich für eine spätere Abstimmung ausgesprochen wird.

Seitens der SPD und der CDU wird darauf hingewiesen, dass es die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses vor der Haushaltsplanberatung des Rates sei. Wenn der Jugendhilfeausschuss ein Votum abgeben wolle, müsse dies für ein Inkrafttreten zum neuen Kindergartenjahr zum jetzigen Zeitpunkt erfolgen.

Zu weiteren Produkten werden keine Änderungsanträge gestellt.

Nach Abschluss der Aussprache über den Haushaltentwurf 2023 werden die Teilbeschlussvorschläge des gemeinsamen Antrages getrennt zur Abstimmung gestellt.

⇒ *Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Entwurf des Haushaltsplanes 2023 zur Kenntnis.*

Beschluss

1. Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen empfiehlt dem Rat zu beschließen, die Freigrenze für die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege nach der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) von zurzeit 30.000 auf 40.000 Euro Jahresbruttoeinkommen anzuheben. Anlage A und Anlage B der o. g. Satzung werden dementsprechend angepasst. Die Beitragsstaffelung darüber hinaus bleibt unberührt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschluss

2. Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen empfiehlt dem Rat zu beschließen, das Ziel, die Elternbeiträge für Kinder in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege ab 2024 komplett abzuschaffen und die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Kreis Siegen- Wittgenstein in Verhandlungen zu treten, um einen abgestimmten Fahrplan zu entwickeln, wie dieses Ziel gemeinsam erreicht werden kann.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen

Beschluss

3. Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen empfiehlt dem Rat zu beschließen, die Bezuschussung von RaBauKi um 10.000 € von 22.500 € auf 32.500 € zu erhöhen und die Verwaltung zu beauftragen, die vertraglichen Rahmenbedingungen mit dem Verein entsprechend anzupassen und dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 6 Enthaltungen

12. JHA 26.01.2023

8. **Bedarfsplan zur Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege für den Zeitraum 01.08.2023 bis 31.07.2024 (Kindergartenjahr 2023/2024) Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Alter von 4 Monaten bis zur Einschulung**

Vorlage Nr. VL 1217/2023

Frau Wagener erläutert ausführlich die Verwaltungsvorlage.

Frau Bleckmann thematisiert die Kita im Bereich des Hallenbades Eiserfeld und erbittet einen Bericht über den Stand der Maßnahme und wann der Baubeginn vorgesehen sei. De facto sei die Kita im Kindertagennavigator enthalten und Eltern könnten bereits Anmeldun-

gen vornehmen. Dies halte sie für problematisch, da man ja auch eine gute Mischung der Altersgruppen erreichen wolle. Sie fragt, ob es nicht transparenter sei, wenn die Kita aus dem Anmeldeverfahren herausgenommen werde und dieses erst dann beginne, wenn der Start der Kita absehbar sei.

Seitens der Verwaltung gehe man davon aus, dass die Fertigstellung der Einrichtung im kommenden Kindergartenjahr erfolge. Er gehe von einem Jahr Bauzeit aus, so Herr Dezer-nent Schmidt. Wer sich für eine neue Kita anmelde, wisse über die Unwägbarkeiten, die damit einhergehen. Darüber werde auch durch die Mitarbeiter informiert.

Die Altersmischung einer neuen Einrichtung liege in erster Linie in der Hand des Trägers, so Frau Wagener. Alle Eltern schließen einen Vertrag unter dem Vorbehalt der Endabnahme, so dass der Betreuungsbeginn offenbleibe. Sie gehe davon aus, dass auch bei der Kita Eiserfeld der Träger ein gutes Verfahren anwende, über das die Eltern vollumfänglich informiert werden und die Altersmischung so berücksichtigt wird, dass die Einrichtung in keine Schieflage gerate.

Gestolpert sei er über die Aussage in der Vorlage, dass der Rechtsanspruch erfüllt werde, es aber andererseits eine Warteliste von ca. 100 unversorgten Kindern in der Stadt gebe, so Herr Schiltz. Er könne die Gründe nachvollziehen und er schätze die Anstrengungen der Verwaltung, um die Kinder unterzubringen, dennoch sei es für ihn ein Widerspruch. Er hätte sich eine differenziertere Formulierung in der Verwaltungsvorlage gewünscht und appelliert an die Verwaltung, dies in der Zukunft zu tun.

Frau Becker fragt nach einer Priorisierung der angestrebten Einrichtungen und welche Interessensbekundungsverfahren bereits erfolgt seien.

Frau Bleckmann schließt sich Herrn Schiltz an. Sie sehe die Bemühungen der Verwaltung, Eiserfeld werde aber kritisch gesehen. Die Vorlage spreche noch von einer geplanten Inbetriebnahme in 2023, gesprochen werde heute aber von 2024. Sie bitte die Vorlage dahingehend anzupassen und zu überlegen, ob dies bereits Teil der Bedarfsplanung 2022/2023 sein könne. Sei bereits ein Provisorium in Eiserfeld geplant, sei dies erfreulich für die Eltern, die das bereits in Anspruch nehmen können, aber sie erbitte um entsprechende Informationen. Es gebe wenige leerstehende Gebäude in der Stadt und es stelle sich die Frage, ob im Umfeld der geplanten Kita überhaupt ein Provisorium geschaffen werden könne.

Die Verwaltung gehe davon aus, dass die Kita Eiserfeld im nächsten Kindergartenjahr „ans Netz gehe“, so dass die Einrichtung im Bedarfsplan verbleibe. Die Meldung müsse bis zum 15. März erfolgen, ansonsten gebe es keine Zuschüsse. Ein Herausnehmen greife einer Entscheidung, die nicht getroffen wurde, vor. Alle bis zu diesem Termin nicht getroffenen Entscheidungen seien für das gesamte Kindergartenjahr 2023/2024 raus, so Herr Dezernent Schmidt. Man solle sich diese Option offenhalten. Derzeit gebe es zwei noch nicht entschiedene Interessensbekundungsverfahren. Offen sei das Interessenbekundungsverfahren Eisern und die Trägerschaft Gläserstraße. Alle anderen Projekte befänden sich noch in einem Stadium, wo die Trägerfrage nicht die entscheidende sei.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. den Bedarfsplan zur Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege für den Zeitraum 01.08.2023 bis 31.07.2024 gemäß Anlage 1: Platzzahl nach Alter, Betreuungszeiten und Gruppentypen in Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege auf der Grundlage des Kinderbildungsgesetzes NRW (KiBiz), einschließlich flexibler Angebote gemäß § 48 KiBiz und der Anwendung von § 55 (2) KiBiz;
2. die Anbahnung der notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs für Kinder auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung bzw. in Kindertagespflege. Sofern für die Realisierung Baumaßnahmen erforderlich sind, wird die Verwaltung beauftragt dazu separate Beschlussvorlagen zu erarbeiten.
3. Bis zur Meldung der Planungszahlen an das Landesjugendamt (Stichtag 15.03.2023) können kleinere Abweichungen durch zwischenzeitliche Änderungen von Bedarfslagen bei der Betreuung einzelner Kinder durch die Verwaltung des Jugendamtes und Tageseinrichtungen in Siegen abgestimmt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. JHA 26.01.2023

9. Rahmenbedingungen zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Siegen / Richtlinien 2023

Vorlage Nr. VL 1221/2023

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt die Änderungen der Rahmenbedingungen zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. JHA 26.01.2023

10. Projektantrag "Siegen BeWirken 2023/24" im Rahmen des Landesprogramms "Gemeinsam MehrWert - Vielfältige Arbeit mit jungen geflüchteten Menschen"

Vorlage Nr. VL 1225/2023

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen stimmt den geplanten Maßnahmen im Rahmen des Projekts "Siegen BeWirken" vorbehaltlich des Zuwendungsbescheids zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. JHA 26.01.2023

11. Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen

Vorlage Nr. VL 1234/2023

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt, Frau Theresa Bartz als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss aufzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. JHA 26.01.2023

gez. Schiltz
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin

Controlling Bericht Hilfe zur Erziehung 2022 Universitätsstadt Siegen

Datenbasis: 2021

Produkt: Hilfe für junge Menschen und ihre Familien (06.01.01)

Erstellt von:

Sandra Gräbener, Georg Ritter

In diesem Bericht werden die wesentlichen Zahlen, Daten und Fakten aus dem Bereich Hilfe zur Erziehung (inklusive der Hilfen für junge Volljährige) und Eingliederungshilfe der Universitätsstadt Siegen dargestellt. Im Zusammenhang der Darstellung über eine Zeilenreihe der letzten Jahre werden Entwicklungen interpretiert und mögliche Perspektiven aufgezeigt.

Der Bericht soll den Verantwortlichen im Jugendhilfeausschuss und in der Verwaltung des Jugendamtes eine Grundlage bieten, die Entwicklungen zu erkennen und potentielle Steuerungsansätze zu diskutieren bzw. umzusetzen.

Die Situation des für die Gewährung von Hilfen zur Erziehung eingesetzten Personals im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) wird dargestellt, da es einen direkten Zusammenhang zwischen eingesetztem Personal, Wirkung der Hilfe und Höhe der Kosten gibt.

Diese Aufbereitung der wesentlichen Zahlen wird jährlich zur Haushaltsberatung des Fachausschusses zur Verfügung gestellt. Er soll kontinuierlich eine fundierte Grundlage für die Entwicklung und Steuerung im Bereich der Hilfen zur Erziehung bieten und die bislang im Haushaltsbuch dargestellten Kennzahlen ersetzen und erweitern.

In dem Bericht wird zunächst ein Gesamtüberblick der Kosten des Vorjahres über alle Konten im Bereich der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe gegeben. Danach werden einzelne Kennzahlen dargestellt, die gem. der Berechnungssystematik der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) ermittelt wurden und einen Gesamtüberblick ermöglichen. Folgend werden die wichtigsten Konten im Einzelnen dargestellt und interpretiert. Neben den Gesamtkosten werden die absoluten Fallzahlen (=Aufsummierung der am 31.12. andauernden und der innerhalb des Jahres beendeten Hilfen) und die Fallzahlen im Jahresdurchschnitt (laufende Fälle am 30./31. eines jeden Monats geteilt durch 12) ermittelt, um somit monatliche Fallkosten im Berichtsjahr für die jeweilige Hilfeart darstellen zu können. Hinzuweisen ist dabei darauf, dass innerhalb der gleichen Hilfeart/des gleichen Kontos je nach Fallgestaltung stark differente Einzelfallkosten entstehen können. Die jeweilige Zusammensetzung der Fälle hat somit eine direkte Auswirkung auf die durchschnittlichen Fallkosten. Zum besseren Vergleich der jahresbezogenen Einzelfallkosten wurde für einzelne Konten die Kosten pro Fall/Monat mithilfe eines zeitreihenbezogenen Referenzwertes errechnet.

Die Berechnung der Kosten der Inobhutnahme ist dargestellt auf Grundlage der tatsächlichen Unterbringungstage, da die Berechnung mit Jahresdurchschnittswerten wegen der in der Regel wesentlich kürzeren Aufenthalte zu erheblichen Ungenauigkeiten führen würde.

Daneben können sich bei allen Konten Ungenauigkeiten ergeben, aufgrund von Kostenerstattungen von bzw. an andere öffentliche Träger wegen wechselnder Zuständigkeit für die Erbringung von Leis-

tungen. Die in diesem Zusammenhang getätigten und erhaltenen Zahlungen erfolgen oftmals jahresübergreifend, werden aber innerhalb eines Haushaltsjahres verbucht. Das kann teilweise zu hohen Steigerungsraten auf einzelnen Aufwands- und Ertragskonten führen.

Inhalt:

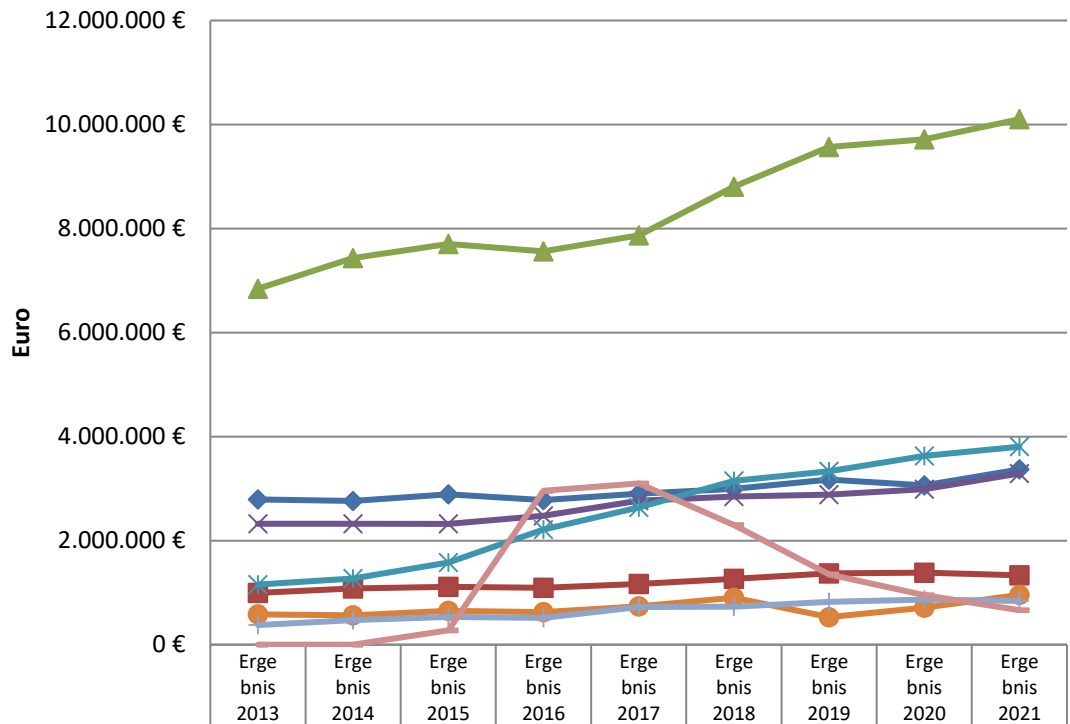
1. Übersicht über alle Konten
2. Kennzahlen
 - 2.1 Strukturkennzahl „unter 21“
 - 2.2 Fehlbetrag HzE je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre in Euro
 - 2.3 Kostenverteilung nach Hilfearten
 - 2.4 Fallverteilung nach Hilfearten
 - 2.5 Unterbringung in Familien/Heimen
 - 2.6 Ortsnähe
3. Differenzierte Betrachtung einzelner Hilfearten
 - 3.1 ambulante Hilfen
 - 3.2 teilstationäre Hilfen
 - 3.3 stationäre Hilfen
 - 3.4 Leistungen in Pflegefamilien
 - 3.5 Pflegekinderdienste
 - 3.6 Eingliederungshilfen
 - 3.6.1 ambulante Eingliederungshilfe
 - 3.6.2 Integrationshelfer
 - 3.6.3 stationäre Eingliederungshilfe
 - 3.7 gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und ihre Kinder
 - 3.8 Inobhutnahme in Einrichtungen
 - 3.9 Inobhutnahme außerhalb von Einrichtungen
 - 3.10 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)
4. Einnahmen
5. Mitarbeitende im Allgemeinen Sozialdienst (ASD)
6. Bewertung

1. Übersicht über alle Konten

Bezeichnung	Aufwandskonto	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017
Ambulante Hilfen zur Erziehung	5331000	2.793.158 €	2.762.847 €	2.887.854 €	2.780.678 €	2.905.433 €
Teilstationäre Hilfen (TG, Filou, EJA)	5332001	995.399 €	1.083.831 €	1.111.122 €	1.095.120 €	1.164.774 €
Heimerziehung	5332000	6.843.323 €	7.432.032 €	7.702.289 €	7.610.989 €	7.870.289 €
Leistungen in Familienpflege	5331001	2.034.730 €	2.030.545 €	2.022.450 €	2.165.929 €	2.449.199 €
Pflegekinderdienste	5331003	289.634 €	294.694 €	299.072 €	314.144 €	317.380 €
Ambulante Eingliederungshilfe	5331010	109.146 €	78.806 €	47.527 €	43.623 €	82.172 €
Integrationshelfer	5331011	625.976 €	996.902 €	1.022.296 €	1.297.409 €	1.796.750 €
Stationäre Eingliederungshilfe	5332010	420.120 €	197.284 €	506.785 €	873.420 €	759.158 €
Gemeinsame Wohnform Mütter/Väter u. Kinder	5332003	580.186 €	561.156 €	648.557 €	624.466 €	738.106 €
Inobhutnahme außerhalb v. Einrichtungen	5331004	8.103 €	9.879 €	5.311 €	16.741 €	126.542 €
Inobhutnahme in Einrichtungen	5332004	368.581 €	462.869 €	530.800 €	495.360 €	595.076 €
UMF außerhalb v. Einrichtungen	5331005	0 €	0 €	0 €	44.683 €	154.028 €
UMF in Einrichtungen	5332005	0 €	0 €	276.634 €	2.916.256 €	2.946.315 €
		15.068.356 €	15.910.845 €	17.060.698 €	20.278.818 €	21.905.222 €

Bezeichnung	Aufwandskonto	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019	Ergebnis 2020	Ergebnis 2021	Veränderung VJ in %
Ambulante Hilfen zur Erziehung	5331000	2.992.812 €	3.175.780 €	3.065.259 €	3.368.851 €	9,90%
Teilstationäre Hilfen (TG, Filou, EJA)	5332001	1.266.914 €	1.369.453 €	1.384.756 €	1.330.566 €	-3,91%
Heimerziehung	5332000	8.802.178 €	9.569.165 €	9.716.688 €	10.101.065 €	3,96%
Leistungen in Familienpflege	5331001	2.508.921 €	2.420.070 €	2.388.243 €	2.645.283 €	10,76%
Pflegekinderdienste	5331003	338.635 €	462.938 €	602.777 €	645.584 €	7,10%
Ambulante Eingliederungshilfe	5331010	151.909 €	137.195 €	211.879 €	258.868 €	22,18%
Integrationshelfer	5331011	2.499.627 €	2.602.483 €	2.924.870 €	2.990.324 €	2,24%
Stationäre Eingliederungshilfe	5332010	495.443 €	594.793 €	494.224 €	556.609 €	12,62%
Gemeinsame Wohnform Mütter/Väter u. Kinder	5332003	904.109 €	530.035 €	712.834 €	956.891 €	34,24%
Inobhutnahme außerhalb v. Einrichtungen	5331004	118.980 €	131.729 €	154.348 €	99.635 €	-35,45%
Inobhutnahme in Einrichtungen	5332004	610.589 €	688.656 €	712.966 €	741.762 €	4,04%
UMF außerhalb v. Einrichtungen	5331005	139.850 €	83.030 €	47.355 €	33.661 €	-28,92%
UMF in Einrichtungen	5332005	2.158.647 €	1.265.896 €	903.613 €	630.004 €	-30,28%
		22.988.614 €	23.031.222 €	23.319.811 €	24.359.103 €	5,77%

Kostenentwicklung 2013 - 2021



	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019	Ergebnis 2020	Ergebnis 2021
Ambulante Hilfen zur Erziehung	2.793.15	2.762.84	2.887.85	2.780.67	2.905.43	2.992.81	3.175.78	3.065.25	3.368.85
Teilstationäre Hilfen (TG, Filou, EJA)	995.399	1.083.83	1.111.12	1.095.12	1.164.77	1.266.91	1.369.45	1.384.75	1.330.56
Heimerziehung	6.843.32	7.432.03	7.702.28	7.561.82	7.870.28	8.802.17	9.569.16	9.716.68	10.101.0
Familienpflege	2.324.36	2.325.23	2.321.52	2.480.07	2.766.57	2.847.55	2.883.00	2.991.02	3.290.86
Eingliederungshilfe	1.155.24	1.272.99	1.576.60	2.214.45	2.638.08	3.146.97	3.334.47	3.630.97	3.805.80
Gemeinsame Wohnform Mütter/Väter u. Kinder	580.186	561.156	648.557	624.466	738.106	904.109	530.035	712.834	956.891
Inobhutnahmen	376.684	472.748	536.110	512.101	721.618	729.569	820.385	867.314	841.397
Unbegleitete minderj. Flüchtlinge	0 €	0 €	276.634	2.960.93	3.100.34	2.298.49	1.348.92	950.968	663.665

2. Kennzahlen

2.1 Strukturkennzahl „unter 21“

Anteil der Einwohner von 0 bis unter 21 Jahren an der Gesamtbevölkerung in Prozent zum Stichtag 31.12.2021:

Hauptwohnsitzbevölkerung laut Einwohnermelderegister insgesamt: 104.444

davon unter 21 Jahre: 19.881 = 19,04 %

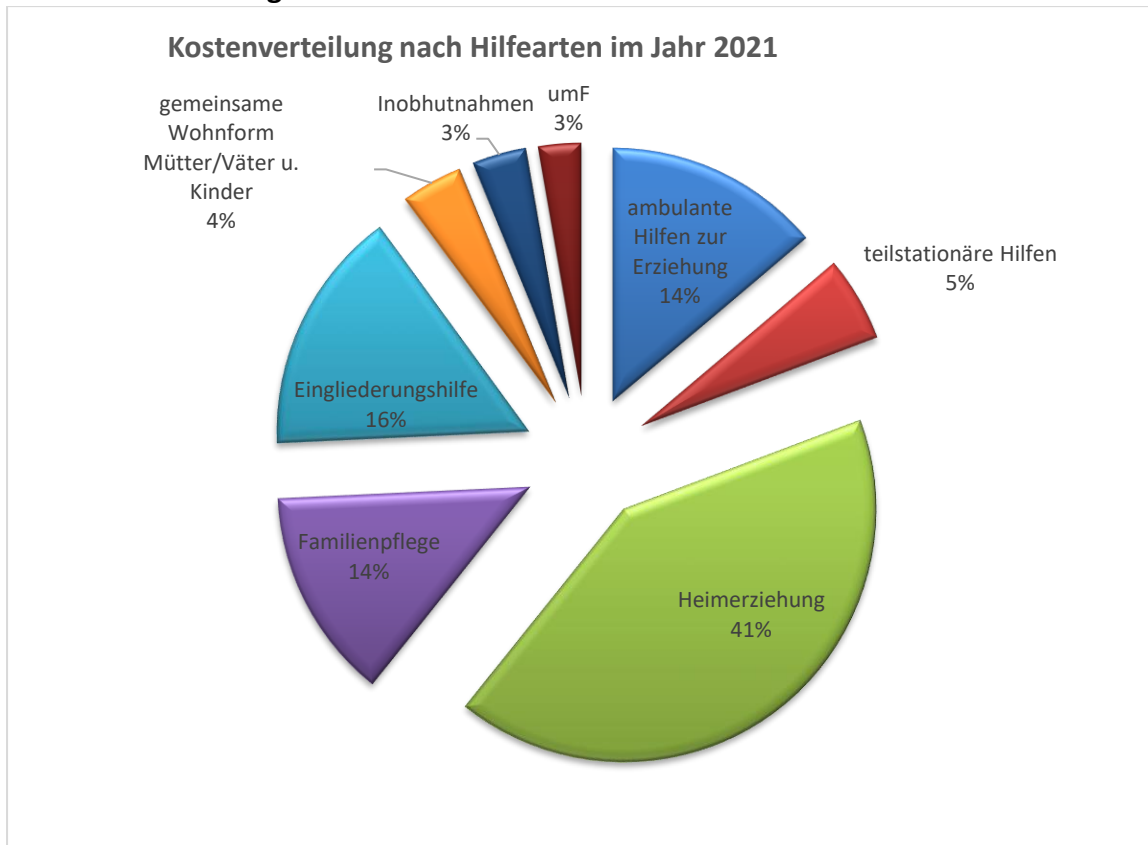
2.2 Fehlbetrag HzE je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre in Euro

Für die Ermittlung des Fehlbetrages wurde die Datenerfassung der GPA angewandt. Hiernach wird der Fehlbetrag ermittelt aus den Transferaufwendungen aller stationärer, teilstationärer und ambulanter Hilfen, sowie die Aufwendungen für die UMF. Weiterhin werden die Aufwendungen der Erziehungsberatung, die Kosten für die Inobhutnahme, sowie die Kosten der Pflegekinderdienste hinzugerechnet. Die Kosten für Hilfen nach § 19 SGB VIII: Gemeinsame Wohnform für Mütter/Väter und Kinder werden hingegen nicht berücksichtigt.

Nach dieser Berechnungsart ergibt sich für das Jahr 2021 ein Fehlbetrag in Höhe von 22.443.935 € : 19.881 Einwohner von 0 bis unter 21 Jahren = **1.129 €**.

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021
Einwohner	20.061	20.088	20.007	19.792	19.881
Fehlbetrag	935 €	1021 €	963 €	1024 €	1.129 €

2.3 Kostenverteilung nach Hilfearten



2.4 Fallverteilung nach Hilfearten

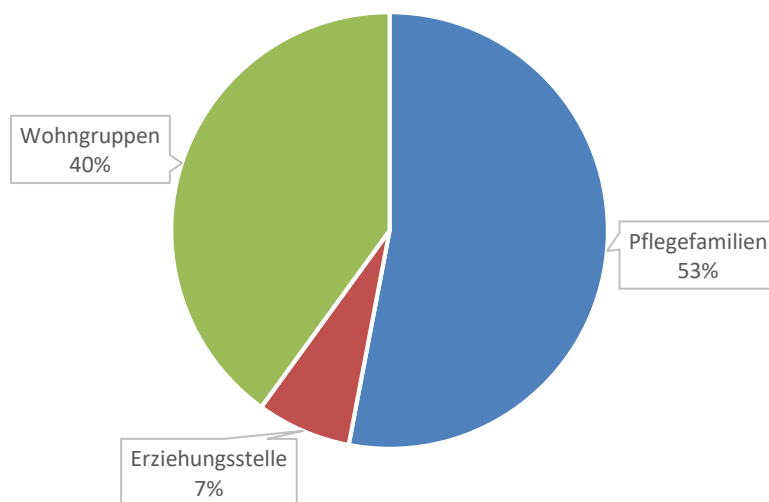


2.5 Unterbringung in Familien/Heimen

Stichtag
31.12.2021

	Unterbringung in Familien			(Heim)- Wohn- gruppen	
	Pflegefamilien	Erziehungsstel- len			
Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%
141	52,60%	19	7,10%	108	40,30%

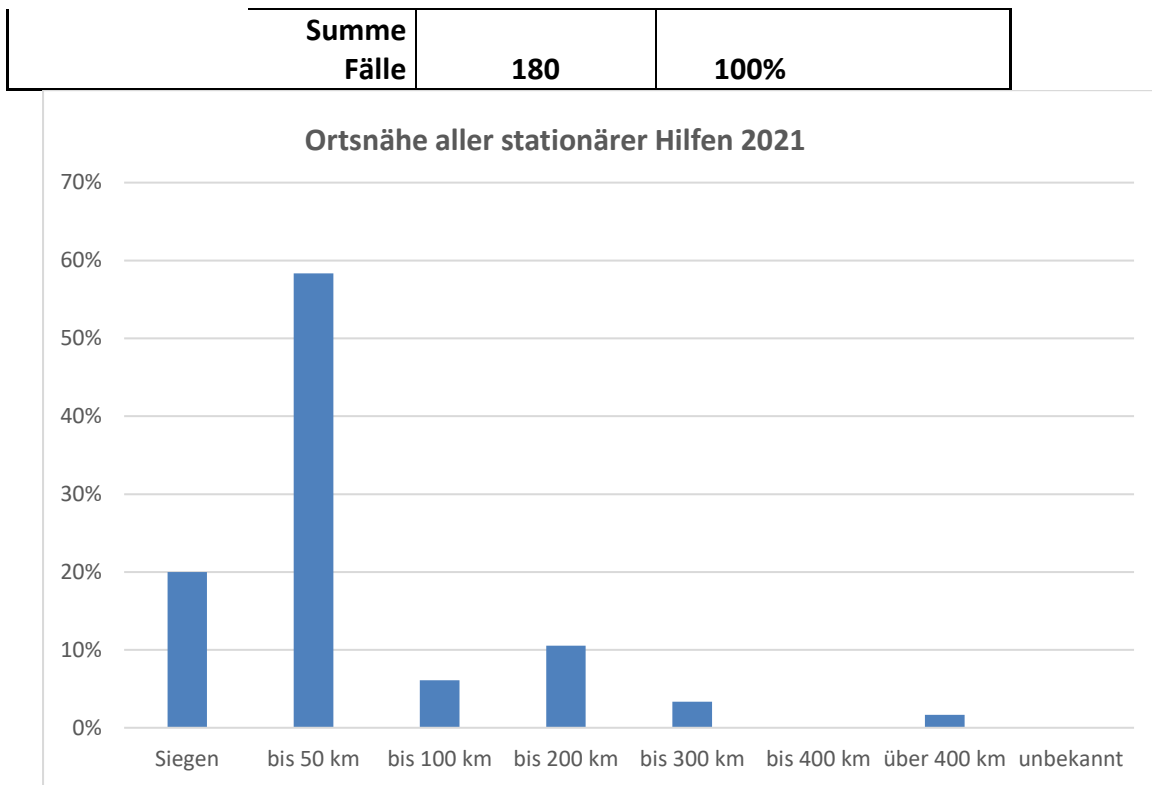
Aufteilung Pflegefamilien, Erziehungsstellen und (Heim)-
Wohngruppen 2021



2.6 Ortsnähe (alle stationären Hilfen § 34, § 35a, § 19)

Stichtag 31.12.2021

Km-Kategorie				
Entfernung	Kategorie	Fälle	%	kum. Wert
Siegen	1	36	20,00%	20,00%
bis 50 km	2	105	58,33%	78,33%
bis 100 km	3	11	6,11%	84,44%
bis 200 km	4	19	10,56%	95,00%
bis 300 km	5	6	3,33%	98,33%
bis 400 km	6	0	0,00%	98,33%
über 400 km	7	3	1,67%	100,00%
Ort unbekannt	8	0	0,00%	100,00%



3. Differenzierte Betrachtung einzelner Hilfearten

3.1 ambulante Hilfen zur Erziehung (5331000)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	2.793.158 €	
2014	2.762.847 €	-1,09%
2015	2.887.854 €	4,52%
2016	2.780.678 €	-3,71%
2017	2.905.433 €	4,49%
2018	3.206.932 €	10,38%
2019	3.381.062 €	5,43%
2020	3.065.259 €	-9,34%
2021	3.368.851 €	9,90%

Über das Konto der ambulanten Hilfen zur Erziehung (§§ 27 Abs. 2, 30, 31, 35, 41 SGB VIII) laufen ebenfalls die Kosten für Hilfen im Rahmen der allgemeinen Erziehungsberatung gem. § 16 SGB VIII und die Kosten für begleitete Besuchskontakte bei getrenntlebenden Eltern im Rahmen des § 18 SGB VIII. Die ambulanten Hilfen zur Erziehung werden i.d.R. über Fallpauschalen finanziert und sind von daher gut zu kalkulieren, wohin gegen die Hilfen nach § 16 und § 18 sowohl im Hinblick auf ihre Häufigkeit stark variieren können und vom Stundenumfang Einzelvereinbarungen unterliegen. Das Jahresergebnis 2021 in Höhe von 3.368.851 € beinhaltet daneben Kosten für Projekte in Höhe von 174.262 €. Diese wurden für die Ermittlung der fallbezogenen Kosten in Abzug gebracht.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen abso- lut	Fallzahlen Jahres- durchschnitt	Kosten pro Fall/Mo- nat
2016	2.649.411 €	318	201,8	1.094 €
2017	2.739.975 €	337	198,8	1.149 €
2018	2.992.812 €	333	193	1.292 €
2019	3.175.780 €	342	204	1.297 €
2020	2.926.752 €	361	187,50	1.301 €
2021	3.194.589 €	368	198	1.345 €

3.2 teilstationäre Hilfen (5332001)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	995.399 €	
2014	1.083.831 €	8,88%
2015	1.111.122 €	2,52%
2016	1.095.120 €	-1,44%
2017	1.164.774 €	6,64%
2018	1.266.914 €	8,77%
2019	1.369.453 €	8,09%
2020	1.384.756 €	1,12%
2021	1.330.566 €	-3,91%

Bei den teilstationären Hilfen zur Erziehung gem. § 32 SGB VIII handelt es sich um die sozialpädagogische Tagesbetreuung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen. Ein Großteil der Plätze wird in den sogenannten EJA-Gruppen (Erziehungshilfe und Jugendarbeit) abgedeckt, die in Kooperation mit der Ev. Jugendhilfe Friedenshort in den städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen angesiedelt sind und in denen ein integratives Konzept mit Durchlässigkeit zum Regelbetrieb umgesetzt wird. Daneben gibt es noch eine klassische Tagesgruppe für Kinder und eine Tagesgruppe für Jugendliche, die mit unterschiedlichen Betreuungsintensitäten arbeiten.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen abso- lut	Fallzahlen Jahres- durchschnitt	Kosten pro Fall/Mo- nat
2016	1.095.120 €	58	39,4	2.316 €
2017	1.164.774 €	56	42,4	2.289 €
2018	1.266.914 €	56	44,10	2.394 €
2019	1.369.453 €	66	48,4	2.358 €
2020	1.384.756 €	63	47,2	2.445 €
2021	1.330.566 €	54	45,33	2.446 €

3.3 Heimerziehung (5332000)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	6.843.323 €	
2014	7.432.032 €	8,60%
2015	7.702.289 €	3,64%
2016	7.561.824 €	-1,82%
2017	7.769.489 €	2,75%
2018	8.724.297 €	12,29%
2019	9.569.165 €	8,71%
2020	9.716.688 €	1,54%
2021	10.101.065 €	3,96%

Die Kosten für die stationären Hilfen zur Erziehung gem. § 34 SGB VIII und § 41 SGB VIII sind über die Jahre deutlich gestiegen. Es ist zu beobachten, dass immer mehr der stationär untergebrachten Kinder und Jugendlichen aufgrund gravierender erzieherischer Defizite, fehlender stabiler Bindungsentwicklung sowie Traumata aufgrund von Vernachlässigung, Misshandlung oder sexualisierter Gewalt Störungsbilder im psychischen Bereich aufweisen. Dadurch hat die Intensität der stationären Hilfen, verbunden mit höherem Betreuungs- und Personalaufwand und zusätzlichen therapeutischen Leistungen weiter zugenommen. Ein Großteil dieser Kinder und Jugendlichen belegt einen Intensivplatz mit hoher Personaldichte und entsprechend hohen Leistungsentgelten (prozentuale Verteilung der Entgelte siehe Tabelle) in den verschiedenen Einrichtungen der stationären Jugendhilfe.

Diese Tendenz wird sich nach hiesiger Einschätzung fortsetzen bzw. auf hohem Niveau verstetigen und ist den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen geschuldet. Diese Entwicklung in Siegen korrespondiert mit den Entwicklungen in Land und Bund.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat	Kosten pro Fall/Monat mit Ø zeitreihenbezogenen Referenzwert (125)
2016	7.561.824 €	229	121,4	5.190 €	5.041 €
2017	7.870.289 €	175	131,6	4.984 €	5.247 €
2018	8.802.178 €	193	123	5.964 €	5.868 €
2019	9.569.165 €	175	123	6.483 €	6.379 €
2020	9.716.688 €	192	119,3	6.787 €	6.478 €
2021	10.101.065 €	177	133	6.328 €	6.734 €

Fallzahlen jeweils zum Stichtag: 31.12. des Jahres	2017		2018		2019		2020		2021	
	Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%
Regelangebot - 180 €	86	68,80%	80	60,10%	80	58,40%	78	57,80%	62	48,80%
Intensiv I 181 – 210 €	27	21,60%	30	22,60%	25	18,20%	23	17%	28	22,04%
Intensiv II 211 – 250 €	2	1,60%	12	9%	20	14,60%	21	15,60%	18	14,17%
spezialisiert/ hochintensiv ü. 250 €	10	8%	11	8,30%	12	8,80%	13	9,60%	19	14,96%
Gesamt	125	100%	133	100%	137	100%	135	100%	127	100%

Wie aus der Tabelle ersichtlich, ist der Anteil der in Regelangeboten der stationären Jugendhilfe untergebrachten Kinder deutlich gesunken, wohingegen der Anteil vor allem der hochintensiven Unterbringungsformen deutlich gestiegen ist.

3.4 Leistungen in Familienpflege (5331001)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	2.034.730 €	
2014	2.030.545 €	-0,21 %
2015	2.022.450 €	-0,40 %
2016	2.165.929 €	7,09%
2017	2.358.548 €	8,89%
2018	2.508.921 €	6,38%
2019	2.420.070 €	-3,54%
2020	2.388.243 €	-1,32%
2021	2.645.283 €	10,76%

Die finanziellen Leistungen an die Pflegeeltern im Rahmen der Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII werden jährlich durch das MFKJKS NRW festgelegt. Sie staffeln sich in Beträge für die „materiellen Aufwendungen“ und „Kosten der Erziehung“. Der Betrag für die Kosten der Erziehung ist gleich hoch für alle Altersgruppen und lag in 2021 bei 286 €, die materiellen Aufwendungen sind in drei Altersgruppen (bis 6, 7-13, 14-18) aufgeteilt und beliefen sich auf 602 €, 687 €, 837 €. Zusätzlich können antragsabhängige Beihilfen sowie erhöhte materielle Aufwendungen und/oder Erziehungsaufwendungen gewährt werden, die in den Richtlinien der Universitätsstadt Siegen zur Gewährung wirtschaftlicher Jugendhilfe festgelegt sind.

Besondere Formen der Familienpflege wie z.B. die Bereitschaftspflege oder Kurzzeitpflege werden wegen des erhöhten Aufwandes der Pflegeeltern auch höher entgolten. Der monatliche Kostensatz für diese Betreuungsform betrug 2017,- €.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat
2016	2.165.929 €	229	190,7	946 €
2017	2.358.548 €	233	187	1.051 €
2018	2.508.921 €	228	187,5	1.115 €
2019	2.420.070 €	208	185	1.090 €
2020	2.388.243 €	225	186	1.070 €
2021	2.645.283 €	250	200	1.102 €

3.5 Pflegekinderdienste (5331003)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	289.634 €	
2014	294.694 €	1,75%
2015	299.072 €	1,49%
2016	314.144 €	5,04%
2017	317.380 €	1,03%
2018	338.635 €	6,70 %
2019	462.938 €	36,71%
2020	602.777 €	30,21%
2021	645.584 €	7,10%

Die Kosten für die eingesetzten Pflegekinderdienste zur sozialpädagogischen Begleitung und Unterstützung der Pflegefamilien hängen mit den zuvor genannten Fallzahlen und den damit verbundenen finanziellen Leistungen an die Pflegefamilien zusammen.

Für die Betreuung der Familien sind mit den Pflegekinderdiensten **monatliche Betreuungspauschalen** vereinbart worden, die auf Grundlage festgelegter Betreuungsstandards und dafür notwendiger durchschnittlicher monatlicher Fachleistungsstunden berechnet werden. Daneben können zusätzliche Kosten für nicht in den Pauschalen enthaltene Leistungen abgerechnet werden (z.B. zusätzliche Besuchskontakte oder Begleitung von Herkunftseltern).

Die Pauschalen betrugen in 2021 rd. **286,- €** für die Betreuung eines „normalen“ Pflegeverhältnisses und rd. **670,- €** für die Begleitung eines Bereitschaftspflegeverhältnisses.

Die gestiegenen Kosten der Pflegekinderdienste begründen sich durch Zusatzkosten, die im Zusammenhang von begleiteten Umgangskontakten, Rückführung oder intensivere Betreuung erforderlich waren als auch in gestiegenen Fallzahlen.

In den Kosten der beiden vorgenannten Konten **5331001 und 5331003** sind Kostenerstattungen an andere Jugendämter enthalten, die gem. der gesetzlichen Regelung nach zwei Jahren für Pflegekinder zuständig werden, die voraussichtlich dauerhaft in deren örtlichen Zuständigkeitsbereich bei einer Pflegefamilie leben. Diese Kosten für die Bezahlung der Pflegefamilie als auch die Kosten für deren Begleitung wurden bis 2018 insgesamt auf das Konto 5331001 gebucht und wurden ab 2019 auf

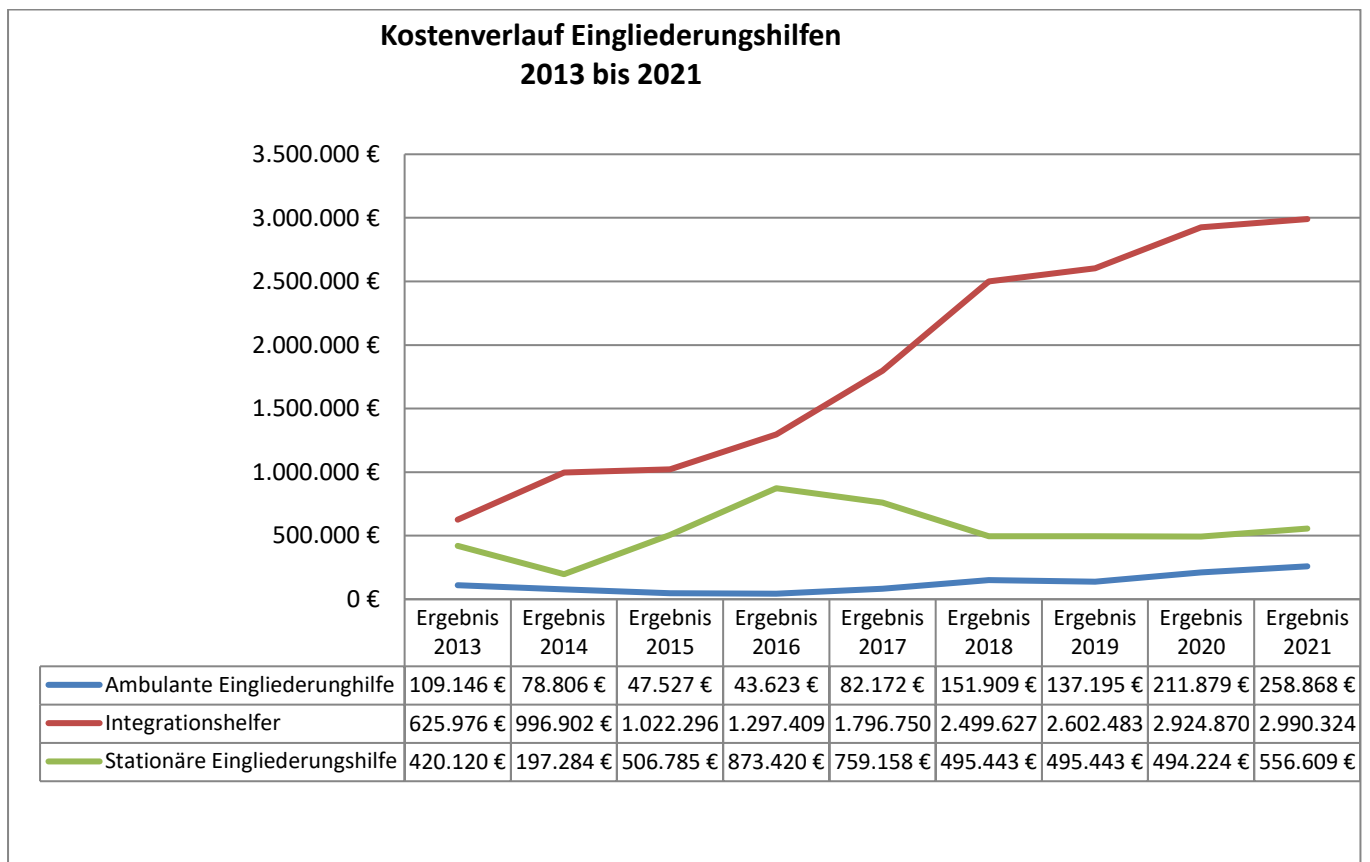
die beiden Konten regulär nach Leistung (5331001) und Begleitung (5331003) aufgeteilt. Dieser Prozess vollzog sich bis in das HH-Jahr 2020, da die Kostenrechnungen der kostenerstattungsberechtigten Jugendämter oftmals jahresübergreifend gestellt werden.

Um die realistische Veränderung zu betrachten, müssen die Ergebnisse beider Konten zusammengeführt werden.

Gesamtergebnis aus Leistungen in Familienpflege (5331001) und Kosten der Pflegekinderdienste (5331003):

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	2.324.364 €	
2014	2.325.239 €	0,03%
2015	2.321.522 €	-0,16%
2016	2.480.073 €	6,83%
2017	2.675.928 €	7,80%
2018	2.847.556 €	6,41%
2019	2.883.008 €	1,24%
2020	2.991.020 €	3,75%
2021	3.290.867 €	10,02%

3.6 Eingliederungshilfen



3.6.1 ambulante Eingliederungshilfe (5331010)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	109.146 €	
2014	78.806 €	-27,80%
2015	47.527 €	-39,69%
2016	43.623 €	-8,21%
2017	82.172 €	88,37%
2018	151.909 €	84,87%
2019	137.195 €	-9,69%
2020	211.879 €	54,44%
2021	258.868 €	22,18%

Bei den ambulanten Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gem. § 35 a SGB VIII handelt es sich vor allem um lerntherapeutische Leistungen bei Teilleistungsstörungen im Lesen, Schreiben und Rechnen sowie therapeutische Hilfen für autistische Kinder. Letztere verursachen auf den Einzelfall gesehen höhere Kosten. Die Fallzahlen der Autismustherapien sind weiter gestiegen, was in der Folge die Einzelfallkosten geringfügig erhöht hat.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat
2016	43.623 €	29	13,4	271 €
2017	82.172 €	34	26,7	256 €
2018	151.909 €	41	31,2	405,74 €
2019	137.195 €	59	37	309 €
2020	211.879 €	71	52,5	336 €
2021	258.868	88	63,25	341 €

3.6.2 Integrationshelfer (5331011)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	625.976 €	
2014	996.902 €	59,26%
2015	1.022.296 €	2,55%
2016	1.297.409 €	26,91%
2017	1.796.750 €	38,49%
2018	2.499.627 €	39,12%
2019	2.602.483 €	4,11%
2020	2.924.870 €	12,39%
2021	2.990.324 €	2,24%

Die Kosten für schulische Integrationshelfer entstehen im Rahmen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder- und Jugendliche gem. § 35 a SGB VIII. Hier steigen die Fallzahlen kontinuierlich an. Zudem werden immer mehr Kinder durch die Integrationshelfer im Nachmittagsbereich (OGS) weiterbetreut, was zu weiteren Kostensteigerungen führt.

Die Jugendhilfe wird hier als Ausfallbürge für Leistungen in Anspruch genommen, die nicht oder nicht ausreichend an der Schule erbracht werden (können). Das Prüfungs- und Bewilligungsverfahren ist sehr aufwändig, die Leistung jedoch meist unabweisbar verbunden mit einem positiven Bewilligungsergebnis.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat	Kosten pro Fall/Monat mit Ø zeitreihenbezogenen Referenzwert (110)
2016	1.297.409 €	96	68,3	1.583 €	983 €
2017	1.796.750 €	122	94,3	1.588 €	1.361 €
2018	2.499.627 €	154	120,40	1.730 €	1.894 €
2019	2.602.483 €	165	124	1.749 €	1.972 €
2020	2.924.870 €	163	128,5	1.897 €	2.216 €
2021	2.990.324 €	175	141,83	1757 €	2.265 €

3.6.3 stationäre Eingliederungshilfe (5332010)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	420.120 €	
2014	197.284 €	-53,04%
2015	506.785 €	156,88%
2016	873.420 €	72,35%
2017	759.158 €	-13,08%
2018	495.443 €	-34,74%
2019	594.793 €	20,05%
2020	494.224 €	-16,91%
2021	556.609 €	12,62%

Hierbei handelt es sich um Leistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gem. § 35 a SGB VIII in Verbindung mit stationärer Unterbringung gem. § 34 bzw. § 41 SGB VIII. Diese werden für Kinder und Jugendliche notwendig, die aufgrund des Ausmaßes ihres psychischen/psychiatrischen Störungsbildes in spezialisierten Einrichtungen stationär untergebracht werden müssen, verbunden mit teilweise sehr hohen Entgeltsätzen aufgrund des betreuungsintensiven Settings und der eingesetzten spezialisierten Betreuungskräfte (Psychologen, Therapeuten).

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahres-durchschnitt	Kosten pro Fall/Monat
2016	873.420 €	20	13,0	5.599 €
2017	759.158 €	17	11,5	5.501 €
2018	495.443 €	14	9,8	4.213 €
2019	594.793 €	12	8,7	5.697 €
2020	494.224 €	10	4,9	8.405 €
2021	556.609 €	11	6,67	6.954 €

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die durchschnittlichen Fallkosten reduziert. Dies liegt daran, dass im Laufe des Jahres 2021 zwei Hilfen mit sehr hohen Entgeltsätzen beendet wurden. Neue „günstigere“ Hilfen wurden installiert, somit ist trotz höherer Fallzahl ein Rückgang der durchschnittlichen Fallkosten zu verzeichnen.

3.7 gemeinsame Wohnformen für Mütter oder Väter mit ihrem Kind/ihren Kindern (5332003)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	580.186 €	
2014	561.156 €	-3,28%
2015	648.557 €	15,58%
2016	624.466 €	-3,71%
2017	738.106 €	18,20%
2018	904.109 €	22,49 %
2019	530.035 €	-41,37%
2020	712.834 €	34,49%
2021	956.891 €	34,24%

Es handelt sich hier um eine geringe Anzahl von alleinerziehenden Müttern, die mit ihrem Kind/ihren Kindern unter 6 Jahren gem. § 19 SGB VIII in spezialisierten sogenannten Mutter-Kind-Einrichtungen stationär untergebracht werden. Seit dem 10.06.2021 (Gesetzesänderung) besteht die Möglichkeit, dass Mutter, Vater und Kind/er gemeinsam in einer geeigneten Wohnform betreut werden können. Es fallen hohe Kosten an, da jeweils für die Mutter, Vater und Kind/er Entgeltsätze berechnet werden. Diese Entgeltsätze können je nach Betreuungsintensität und Art der Unterbringung stark differieren. Die folgend dargestellte Fallzahl beinhaltet Mütter und die mit ihnen untergebrachten Kinder. Dahinter stecken 9 Mutter-Kind-Unterbringungen im Jahresdurchschnitt. Bei einer dieser Unterbringungen handelt es sich um eine Mutter-Vater-Kind-Unterbringung, so dass für eine Hilfe für drei Personen der Entgeltsatz angefallen ist.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahres-durchschnitt (Mutter + Kind)	Kosten pro Person / Monat
2016	624.466 €	24	13,1	3.972 €
2017	738.106 €	29	15,7	3.918 €
2018	904.109 €	39	19,1	3.945 €

2019	530.035 €	28	12,5	3.534 €
2020	712.834 €	27	14	4.243 €
2021	956.891 €	36	19,42	4.106 €

3.8 Inobhutnahme in Einrichtungen (5332004)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	368.581 €	
2014	462.869 €	25,58%
2015	530.800 €	14,68%
2016	495.360 €	-6,68%
2017	595.076 €	20,13%
2018	610.589 €	2,61%
2019	688.656 €	12,79%
2020	712.966 €	3,53%
2021	741.762 €	4,04%

Die Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen gem. § 42 SGB VIII sind großen Schwankungen unterworfen. Krisenhafte Entwicklungen in der Beziehung zwischen Eltern und ihren Kindern haben unterschiedlichste Hintergründe und Ausprägungen und führen alleine deshalb schon zu unterschiedlicher Anzahl und Dauer von Inobhutnahmen, die erst mit der Klärung der weiteren Perspektive enden. Das kann unter Umständen mehrere Monate dauern. Somit produzieren wenige Fälle mit langer Verweildauer ähnlich hohe Kosten wie viele kurzandauernde Fälle.

Die Auswertung der Unterbringungstage weist in 2021 insgesamt 3422 Unterbringungstage bezogen auf 66 Fälle aus. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Unterbringungsdauer von rd. 45 Tagen. Die Unterbringungen im Rahmen der Inobhutnahme erfolgen weit überwiegend in den stationären Inobhutnahmegruppen, teilweise in regulären Wohngruppen und gelegentlich aus dem klinisch Stationären heraus mit weiterem Verbleib in der Kinderklinik (z.B. bei Säuglingen).

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Unterbringungstage insgesamt/ Ø Fall	Kosten pro Fall/Monat
2017	595.076 €	67	5411/81	3345 €
2018	610.589 €	75	5357/71	3467 €
2019	688.656 €	66	2594/39	8076 €
2020	712.966 €	59	2844/48	7626 €
2021	741.762 €	65	2935/45	7688 €

3.9 Inobhutnahme außerhalb von Einrichtungen (5331004)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2017	126.542 €	
2018	118.980 €	-5,98%
2019	131.729 €	10,72%

2020	154.348 €	17,17%
2021	99.635 €	-35,45%

Bei der Inobhutnahme außerhalb von Einrichtungen handelt es sich um die Unterbringung von Kindern in Bereitschaftspflegefamilien. In der Regel werden vorwiegend jüngere Kinder in einer Bereitschaftspflegefamilie untergebracht. Die Klärung der Perspektive sollte nach Möglichkeit nicht länger als sechs Monaten dauern.

Die Auswertung der Unterbringungstage weist in 2021 insgesamt 1965 Unterbringungstage bezogen auf 26 Fälle aus. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Unterbringungsdauer von rd. 101 Tagen.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Unterbringungstage Insgesamt/ Ø Fall	Kosten pro Fall/Monat
2019	131.729 €	22	2412/110	1661 €
2020	154.348 €	27	2795/104	1680 €
2021	99.635 €	26	1965/101	1543 €

3.10 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (5332005)

Jahr	Ergebnis	Veränderung zum Vorjahr in %
2013	0 €	
2014	0 €	
2015	276.634 €	
2016	2.916.256 €	954%
2017	2.946.315 €	1,03%
2018	2.158.647 €	-26,74%
2019	1.265.896 €	-41,36%
2020	903.613 €	-28,62%
2021	630.004 €	-30,28%

Die Unterbringung und Betreuungskosten der UMF, als auch der verwaltungsmäßige Mehraufwand werden über eine entsprechende Kostenerstattung bzw. die Verwaltungskostenpauschale durch das Land getragen. Die hier entstehenden Kosten sind somit nahezu 100% refinanziert. Von 2017 - 2021 ist ein deutlicher Rückgang der Unterbringungszahlen aufgrund sinkender Aufnahmezahlen, der Beendigung der Hilfen im Volljährigenalter und Überführung in andere Systeme zu verzeichnen.

Bei der Unterbringung entstehen in der Anfangszeit höhere Kosten, da die „neuen“ UMF intensiver betreut werden müssen. Bei zunehmender Verselbständigung der „alten“ UMF reduziert sich die Betreuungsintensität.

Jahr	Ergebnis	Fallzahlen absolut	Fallzahlen Jahresdurchschnitt	Kosten pro Fall/Monat
2016	2.916.256 €	80	59,8	4.064 €
2017	2.946.315 €	63	60,8	4.038 €
2018	2.158.647 €	58	42,4	4.243 €
2019	1.265.896 €	39	31,5	3.349 €

2020	903.613 €	31	15,5	4.858 €
2021	630.004 €	27	12,58	4.173 €

4. Einnahmen

Einnahmen	2017	2018	2019	2020	2021
Kostenbeiträge, Kindergeld, Renten	805.193 €	904.730 €	971.842 €	1.034.269 €	1.185.859 €
Kostenerstattung von Gemeinden / Gemeindeverbänden	1.446.878 €	1.240.602 €	2.242.889 €	2.259.663 €	1.732.278 €
Kostenerstattung UMF	3.220.983 €	1.947.999 €	2.203.855 €	1.286.960 €	511.458 €
Verwaltungskostenpauschale UMF	203.050 €	218.282 €	131.756 €	68.828 €	63.135 €
Summe	5.676.104 €	4.313.631 €	5.550.342 €	4.649.719 €	3.492.730 €

Die Kostenheranziehung von Beitragspflichtigen und die Kostenerstattung durch andere zuständige Träger werden vollumfänglich durchgeführt. Eine Einnahmesteigerung wäre insofern nicht zu erzielen.

Es wurden für die Jahre 2019 und 2020 einmalig höhere Einnahmen erzielt, aufgrund einer Kostenerstattung durch das Kreissozialamt für rückwirkende Jahre.

5. Fachkräfte im ASD

Wissenschaftlich untermauert ist, dass eine angemessene Personalausstattung im ASD notwendig ist, um eine qualifizierte Prüfung, Einleitung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung durchzuführen. Somit steht die Personalausstattung im direkten Zusammenhang mit der Wirkung und den Kosten der Hilfen. Zu wenig Personal führt zu steigenden Kosten aufgrund nicht ausreichender Klärungsmöglichkeiten der passgenauen Bedarfe und zu geringer Fallsteuerung und somit zu nicht wirkungsvollen Hilfeverläufen, die weitere Kosten produzieren.

Der ASD verfügt laut Stellenplan über 31,5 Vollzeitäquivalente inklusive dreier VZÄ für die Arbeitsgruppenleitungen.

Aufgrund der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung konnten im letzten Quartal 2021 sechs Stellen zusätzlich besetzt werden, wovon jedoch zwei Fachkräfte nicht die Probezeit bestanden haben. Eine Stelle war zudem durch Langzeiterkrankung über einem Jahr nicht besetzt. Im Laufe des Jahres 2022 kündigte eine Fachkraft und zwei Fachkräfte sind nach Mutterschutz in Elternzeit gegangen. Zur Nachbesetzung der somit 6 Stellen mussten zwei Bewerbungsverfahren durchgeführt. Die Neueinstellungen vollzogen sich von September bis November, die „letzte“ Fachkraft kam zum 02.01.2023. Die neuen Kräfte befinden sich in der Einarbeitungsphase. Somit waren auch in 2022 erhebliche Vakanzzeiten zu überbrücken und der ASD musste, abgesehen vom Kinderschutz, mit reduzierten Standards arbeiten. Zwischenzeitlich hat eine weitere Fachkraft gekündigt, eine Elternzeit wegen Geburt steht an, eine Fachkraft ist in einen anderen Dienst intern gewechselt, eine andere Fachkraft wird im März wechseln. Diese Stellen befinden sich im Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren.

Aus der Beschreibung wird deutlich, dass die permanente Fluktuation im ASD weiterhin stattfindet. Die zusätzlichen Stellen im ASD konnten überhaupt nicht zum Tragen kommen. Wegen der permanenten Vakanzenzeiten hat sich die Relation Mitarbeitender/Fallzahl HZE, als ein wesentlicher Belastungsindikator, nicht verbessert.

Somit bleibt das Thema Personalfluktuation, Personalgewinnung Personalqualifikation und Personalbindung weiterhin beherrschendes Thema im ASD. Der durch diese dauerhafte Situation bedingte Erfahrungsverlust innerhalb des Dienstes setzt sich fort. Dieser kann trotz systematischer Einarbeitung und Heranführung der neuen Fachkräfte an die vielschichtige und fachlich herausfordernde ASD-Arbeit nicht in kurzer Zeit kompensiert werden. Dabei ist der Dienst ständig betroffen von gesetzlichen Änderungen, die Handlungsanpassungen mit sich bringen. Vielen Änderungen sind über das ausführlich im JHA vorgestellte Kinder und Jugendstärkungsgesetz (KKSG, Inkrafttreten 11.06.2021) und das Kinderschutzgesetz NRW (Inkrafttreten 01.05.2022) eingetreten. Damit verbunden sind erweiterte Leistungsansprüche, Qualitätsanforderungen, erhöhte Beteiligungsrechte und verstärkte Vernetzungsnotwendigkeiten, die finanzielle, zeitliche und personelle Ressourcen binden. Dazu kommen weitere Anforderungen an die Dokumentation.

Die Fallzahlen im Bereich des Kinderschutzes steigen kontinuierlich an. Zudem arbeitet der Dienst an jedem Tag im Jahr rund um die Uhr. Auch im Notdienst (Rufbereitschaft) wird der Dienst zunehmend in Anspruch genommen (in 2022, 125 Einsätze), was für die diensthabenden Fachkräfte eine hohe zusätzliche Belastung darstellt.

Um diese Arbeit dauerhaft leisten zu können benötigt es sehr gute organisatorische Rahmenbedingungen, die die Fachkräfte stärken, Motivation hoch halten und fördern und im besten Fall einen langfristigen Verbleib im ASD sichern. Diese Bedingungen sind unter dem Konkurrenzdruck am Arbeitsmarkt und dem vorhandenen Fachkräftemangel immer schwerer herzustellen.

6. Bewertung

Betrachtet man die Gesamtaufwendungen im dargestellten Produkt, so ist über die letzten Jahre eine stetige und in Einzelbereichen ganz erhebliche Steigerung der Kosten festzustellen. Diese Entwicklung geht mit der Kostenentwicklung im Land und Bund im Bereich der Hilfen zur Erziehung einher und stellt insofern keine spezifische Entwicklung in Siegen dar.

Grundsätzlich ist zu beachten, dass die Kostensätze im Bereich der Hilfen zur Erziehung gesetzessprechend jährlich von den freien Trägern prospektiv zu kalkulieren und über Leistungsentgelte durch den öffentlichen Träger der Jugendhilfe zu finanzieren sind. Alleine durch die darin enthaltenen Personalkostensteigerungen und den zu berücksichtigenden Lebenshaltungsindex, können jährliche Steigerungen in Höhe von 2-3 % in den Entgeltsätzen (aktuell für das Jahr 2023 deutlich höher) der Träger der freien Jugendhilfe, die die Leistungen für das Jugendamt erbringen, entstehen. Bei einem Gesamtaufwand von rd. 24.000.000 € in 2021 könnte dies alleine bei einer niedrig angesetzten Steigerung von 2,5 % eine Ausweitung der Kosten in Höhe von 600.000 € im Folgejahr mit sich bringen.

Kostentreiber sind wie dargestellt die stationären Hilfefälle und die hohe Quote der kostenintensiven Hilfefälle. Daneben sind es die hohen Fallzahlen und Kosten für die schulischen Integrationshelfer. Kleine Steuerungsansätze sind hier Modelle zur sogenannten Poolbildung, verbunden mit dem Ziel, die Ressourcen der eingesetzten Integrationshelfer zu bündeln und effektiver für die leistungsbe-

rechten Schüler einzusetzen. Damit können auch mittelfristig finanzielle Einspareffekte erzielt werden, die allerdings nichts an der grundlegenden Problematik ändern und den grundsätzlichen Leistungsanspruch der Leistungsempfänger nicht schmälern.

Über alle Hilfearten gesehen sind keine gravierenden Fallzahlsteigerungen festzustellen. Jedoch führen auch geringe jährliche Steigerungen über mehrere Jahre zu einem kontinuierlichen Prozess der fallzahlbedingten Kostensteigerungen, was hier durchweg alleine schon bei der Betrachtung der Gesamtkosten festzustellen ist.

Der ASD gewährt und steuert die rechtmäßigen Ansprüche der Bürger und Bürgerinnen der Universitätsstadt Siegen mit transparenten und fachlich untermauerten sowie standardisierten Verfahren.

Das Fachcontrolling im Hinblick auf die Einhaltung der Standards für die Prozesse im Rahmen der Hilfen zur Erziehung wird weiterhin durchgeführt und weiterentwickelt.

Hierbei ist zu betonen, dass die gesetzesmäßig geforderte Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im Jugendamt der Universitätsstadt Siegen insgesamt gut positioniert ist und umgesetzt wird. Dies betrifft auch die Qualitätsdialoge mit den freien Trägern gerade im Hinblick auf die Umsetzung und Qualität der Leistungen.

Die Grundlagen für ein Fach- als auch ein Finanzcontrolling wurden in den letzten Jahren stetig verbessert. Es liegen umfangreiche Zahlen, Auswertungen und Hochrechnungen vor, die ein realistisches Bild über die Kosten- als auch über die Fallzahlentwicklungen liefern.

2021 bis Anfang 2022 hat eine überörtliche Prüfung der Stadt Siegen auch im Bereich der Hilfen zur Erziehung stattgefunden. Das Zwischenergebnis wurde dem Unterausschuss „Kennzahlen“ des JHA zur Verfügung gestellt. Die GPA hat in ihrem Abschlussbericht zu 11 Punkten, auch zum Finanz- und Fachcontrolling, Feststellungen getroffen und Empfehlungen gegeben. Hierzu wurde jeweils Stellung genommen. Von der GPA wurde positiv auf den vorhandenen Controlling-Bericht Bezug genommen. Es wurde empfohlen diesen Bericht um einzelne Kennzahlen der GPA zu erweitern, was am Anfang dieses Berichtes bereits erfolgt ist. Im Hinblick auf die empfohlene Entwicklung von konkreten Maßnahmen zur Gegensteuerung bei festgestellten negativen Entwicklungen ist zudem geplant, dass Thema Fachcontrolling als Aufgabenbereich auf eine entsprechende Fachkraft zu zentrieren, um hier kontinuierlich zu Auswertungen und zielgerichteten Maßnahmen kommen zu können.

Steuerungsansätze sind immer auf Grundlage fachlicher Überlegungen und Zielsetzungen zu tätigen. Die Perspektive der stationär untergebrachten Kinder muss soweit wie möglich immer geklärt werden und Rückführungsoptionen zu den Eltern geprüft werden. Das bedarf einer guten Fallsteuerung, die nur mit gut ausgebildetem und quantitativ ausreichendem Personal sichergestellt werden kann. Eine gute Verzahnung der Hilfen zur Erziehung mit den „vorgelagerten“ Leistungen der Regeleinrichtungen und dem Versuch so früh wie möglich aufkommende Problemlagen aufzugreifen und zu bearbeiten, mit dem Ziel nachgelagerte tiefgreifende und kostenintensive Hilfen zu erübrigen oder zu reduzieren ist als strategisches Gesamtziel des Jugendamtes unerlässlich. Die pädagogische Arbeit mit den Kindern in den städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen und deren gute Kooperation mit den Fachkräften des ASD zeigt dabei deutlich, wie Hilfen zur Erziehung auf andere und „normale“ Art verhindert oder reduziert werden können. Die vorgenannte Verzahnung von Erziehungshilfe und Kinder- und Jugendeinrichtungen in den integrierten EJA-Gruppen ist ein weiteres Beispiel dafür. Eine personell gut ausgestattete und fachlich gut gestaltete OGS könnte in der Perspektive ein weiterer

Baustein sein, in dem Bildung, Förderung und Erziehungshilfe gemeinsam wirken. Eine gute sozialraumorientierte Ausrichtung der Arbeit als Basis ist notwendig, benötigt aber auch zeitliche Ressourcen.

Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass die Kosten in den nächsten Jahren weiter steigen werden oder sich zumindest verstetigen. Die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen sind als Hintergrund dafür zu betrachten.

Es wird die Herausforderung bleiben, mit gut ausgebildetem Personal, die richtige Hilfe zum richtigen Zeitpunkt und mit dem richtigen Maß auf den Weg bringen zu können und sie zielgerichtet, im Sinne der Hilfeplanung, gut gesteuert zum erfolgreichen Ende zu führen. Dies unter der Voraussetzung, dass die Hilfe immer als Koproduktion in sozialrechtlichen Dreieck stattfindet, somit eine passende (v.a. stationäre) Hilfe zur Verfügung steht und der Hilfeprozess einer gewissen Unkalkulierbarkeit im (menschlichen) Verhalten der Leistungsberechtigten unterliegt.